

Pressemeddelelse

Kiel, 29.09.2009

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

SSW-Fraktion im Kreistag Nordfriesland fordert politische Allianz gegen das CCS-Gesetz sowie gegen das geplante CO2 Endlager

Zwei Tage nach der Bundes- und Landtagswahl in Schleswig-Holstein fordert der Fraktionsvorsitzende des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) in Nordfriesland, Ulrich Stellfeld Petersen, die gewählten Fraktionen im schleswig-holsteinischen Landtag auf, eine politische Allianz gegen das CCS-Gesetz im Bundestag sowie gegen das geplante Endlager für CO₂ in Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und unter der Nordsee zu bilden. „Unsere Forderung, ein CCS-Gesetz im Bundestag zu verhindern und damit der Planung eines Endlagers hier in Südschleswig den Boden zu entziehen galt vor der Wahl und selbstverständlich auch danach. Wir fordern deshalb alle diejenigen Parteien, die sich vor der Wahl ebenso ablehnend gegen diese Maßnahmen geäußert haben auf, ihre Vertreter im Bundestag aufzufordern dieses Gesetz zu verhindern“ so Ulrich Stellfeld-Petersen. „Wenn wir nicht frühzeitig nach der Wahl unsere ablehnende Haltung erneuern und die Zusagen der Politik vor der Wahl einfordern, werden sie ganz schnell das CCS-Gesetz abstimmen und dann wird es für uns eng“ so Ulrich Stellfeld-Petersen weiter. „Kohle- und Atomindustrie sind nach wie vor dabei, politischen Druck auf den Bundestag auszuüben um das CCS-Gesetz so



schnell wie möglich durch zu bringen“ führt er weiter aus. „Das müssen wir verhindern.“

